

Tarifrunde 2008

Lohnzurückhaltung trägt Früchte

Die Tarifpartner haben es in der laufenden Lohnrunde wieder in der Hand, den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt zu stützen. Seit 1995 haben Tarifabschlüsse mit Augenmaß fast 880.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen. Vor allem die Arbeitslosen profitieren daher vom jüngsten konjunkturellen Aufwärtstrend – in Form neuer Jobs. Je weniger Geld nun für das Aufstocken der Gehälter draufgeht, desto mehr Spielraum haben die Unternehmen, um über weitere Investitionen den Beschäftigungsaufbau fortzusetzen.

Ein weiteres Argument, mit dem die Gewerkschaften ihre Forderungen begründen, ist ebenso wenig stichhaltig: So müsse es eine starke Lohnanhebung geben, um die zuletzt hohe Inflation auszugleichen. Doch die Unternehmen haben nicht eigenmächtig an der Preisschraube gedreht – sie leiden selbst unter der Verteuerung importierter Rohstoffe und profitieren auch nicht von der Mehrwertsteuererhöhung. Müssen sie dennoch die Löhne kräftig anheben, treibt dies die Preise erneut nach oben, was der Inflation einen weiteren Schub verleiht und der Konjunktur schadet – am Ende drohen Beschäftigungs- und Wohlstandseinbußen für alle.

Gesprächspartner im IW: **Dr. Hagen Lesch, Telefon: 0221 4981-778**

Tarifrunde 2008

Viel gefordert, schlecht begründet

Um ihre hohen Lohnforderungen zu rechtfertigen, kramen die Gewerkschaften in der laufenden Tarifrunde die sattsam bekannten Argumente hervor. Stichhaltiger werden diese durch den wiederholten Gebrauch allerdings nicht.

Die Tarifrunde 2008 lief von Beginn an auf hohen Touren – eine Aufwärmphase war den Verhandlungsparteien nicht vergönnt: Der Abschluss in der Stahlindustrie immerhin ist nach zähem Ringen seit kurzem unter Dach und Fach. Im Öffentlichen Dienst folgt zurzeit ein Warnstreik auf den anderen, und in der Chemischen Industrie gehen die Verhandlungen dieser Tage los. Mit ihrer Lohnforderung von 7 Prozent ist die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) nicht gerade zimperlich in den Schlagabtausch mit den Arbeitgebern eingestiegen.

Anderswo, wie im Öffentlichen Dienst und bei den kommunalen Kliniken, haben sich die Gewerkschaften sogar 8 Prozent und mehr auf die Fahnen geschrieben. Die Arbeitnehmervertreter rechtfertigen das Ende der Bescheidenheit mit einer Reihe von Argumenten, die beim ersten Hören plausibel klingen – einer genaueren Überprüfung aber nicht standhalten:

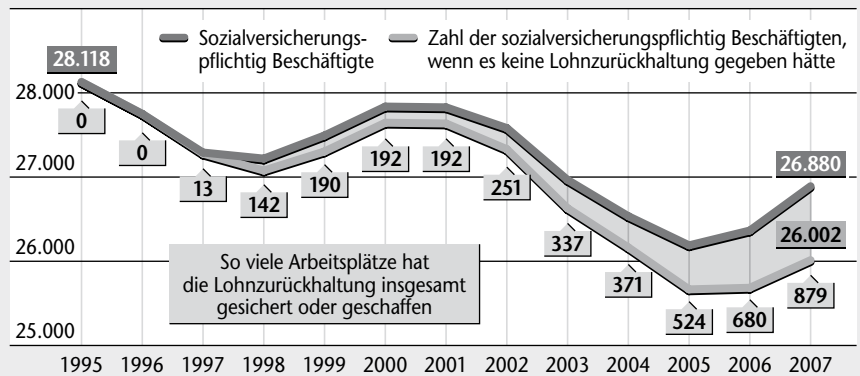
Gewerkschaftsargument 1: hohe Inflation. Richtig ist, dass die Preissteigerungsraten zuletzt oberhalb dessen lagen, was die Europäische Zentralbank (EZB) als akzeptabel einstuft. Dies habe die vergangenen Lohnerhöhungen aufgezehrt, sagen die Gewerkschaften, deswegen müsse es jetzt einen ordentlichen Schluck aus der Lohnpulle geben.

Doch die Unternehmen haben nicht eigenmächtig an der Preisschraube gedreht – sie leiden selbst unter der Inflation, weil ihre Kosten gestiegen sind: Viel Geld fließt vor allem für deutlich teurer gewordene Rohstoffe und Energie ins Ausland. Aber auch der Staat greift stärker bei Abgaben und Gebühren zu – von der Mehrwertsteuererhöhung etwa sehen die Unternehmen keinen Cent.

Rechnet man all diese Faktoren heraus, bleibt nur noch eine Teuerung von 1 Pro-

Tarifpolitik: Lohnzurückhaltung trägt Früchte

in 1.000



Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wenn es keine Lohnzurückhaltung gegeben hätte: Beschäftigungsentwicklung, wenn die Gewerkschaften immer Lohnerhöhungen im Ausmaß von Produktivitätswachstum und Inflationsrate durchgesetzt hätten – in Jahren, in denen die Lohnsteigerungen darüber hinausgingen, wurde der tatsächliche Abschluss für die Berechnung zugrunde gelegt; Ursprungsdaten: Bundesagentur der Arbeit, Statistisches Bundesamt

© 9/2008 Deutscher Institut-Verlag
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

zent übrig. Wer einen vollen Lohnausgleich für den Anstieg der Verbraucherpreise fordert, spielt mit dem Feuer. Die in den zurückliegenden Jahren zum Stillstand gekommene Lohn-Preis-Spirale könnte sich wieder zu drehen beginnen. Bekommt die Inflation dadurch einen neuen Schub, kann die EZB die Zinsen nicht senken oder muss sie sogar weiter erhöhen – für die Konjunktur wäre das pures Gift.

Gewerkschaftsargument 2: Aufschwung für alle. Die gute Wirtschaftsentwicklung komme bei den Arbeitern und Angestellten nicht an, monieren ihre Interessenvertreter. Doch höhere Löhne sind nicht der einzige Gradmesser für eine bessere Wirtschaftslage. Eine Gruppe der Gesellschaft profitiert sehr stark vom Aufschwung: die Arbeitslosen. Je weniger Geld für das Aufstocken der Gehälter draufgeht, desto mehr Spielraum haben die Unternehmen, um zusätzliche Kräfte einzustellen.

In der Vergangenheit galt folgender Zusammenhang: Blieben die Lohnzuwächse um 1 Prozentpunkt hinter dem Produktivitätsanstieg zurück, gab es 0,4 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als beim vollen Ausschöpfen des Verteilungsspielraums (Grafik).

So haben Lohnrunden mit Augenmaß seit 1995 fast 880.000 Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen.

Und das wiederum kommt auch der Konjunktur zugute: Denn wer einen Job hat und nicht fürchtet, ihn zu verlieren, der geht auch gerne einkaufen. Untersuchungen der Europäischen Kommission und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigen, dass Beschäftigungswachstum den Konsum viel stärker ankurbelt als steigende Reallöhne.

Gewerkschaftsargument 3: schwache Binnennachfrage. Dass die Kauflaune der Bundesbürger trotz vieler neuer Arbeitsplätze noch besser sein könnte, merken die Gewerkschaften zu Recht an. Im vergangenen Jahr ging der private Konsum real sogar um 0,3 Prozent zurück. Dafür gibt es allerdings einen Grund, den ver.di, IG BCE und Co. nur zu gerne unter den Tisch fallen lassen: Die Mehrwertsteuererhöhung hat viele Haushalte dazu veranlasst, größere Anschaffungen entweder noch 2006 zu tätigen oder erst einmal aufzuschieben. Doch das Geld wurde der Wirtschaft immerhin nicht vollständig entzogen: Vater Staat hatte die Spendierhosen an und steigerte seine Ausgaben um satte 2 Prozent.

Vor allem wegen der guten Beschäftigungslage sind die Konjunkturforscher im Übrigen optimistisch für den Konsum: Sie gehen davon aus, dass er dieses Jahr den Wachstumssprung nachholt, den Exporte und Investitionen vorexerziert haben.